



**Niederschrift über die  
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.03.2021**  
Ort: im Bürgerhaus in 71394 Kernen-Rommelshausen, Stettener Str. 18

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Beutel, Hundt, Jäger, Theile, Zerrer	(CDU)
Ahrens, Dannenmann, Ulrich	(Freie Wähler)
Eusebi, Dr. Fleischer, Gothe, Schmidt	(GRÜNE)
Riedel, Schäf, Wörner, Gruber	(SPD)
Häfele, Haußmann	(FDP-FW)
Huschka, Thiel	(AfD)
Wilhelm	(Wilhelm/ Klinghoffer)
Barthold	(DIE LIN- KE/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder: Heid, Dr. Scherer (Freie Wähler)

Entschuldigt: Altenberger, Schölzel (Freie Wähler)

Ferner:

Finanzdezernent Schäfer	(TOP 10)
Herr Hein, Leiter Dezernat 3	(TOP 8)
Herr Holzwarth, Leiter Dezernat 4	(TOP 9)
Herr Dr. Zaar, ELB	(TOP 11.1/12)
Frau Fischer, Radwegekoordinatorin	(TOP 6/7)
Herr Dr. Bühle, Abteilungsleiter Technik, AWRM	(TOP 2)

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

Herr Siegel, Vorstand AWRM (TOP 3-5/11.1)

Herr Rauffmann, Leiter Amt für  
ÖPNV

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerinnen:

Maiju Wilhelm, Kreistagsgeschäftsstelle

Barbara Wilbs, Kreistagsgeschäftsstelle

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:31 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Der Landrat begrüßt die Anwesenden und möchte eine straffe Sitzung durchführen, sich aber natürlich die notwendige Zeit nehmen, um Fragen zu klären und zu beantworten.

## § 1

### Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Umwelt- und Verkehrsausschusses

#### Drucksache 2021/052

Landrat Dr. Sigel erläutert den personellen Wechsel, der auf Grund der Veränderungen in den Fraktionen aufgekommen ist. Herr Ulrich möchte den Faktionsvorsitz an den Kollegen Ahrens übergeben. Er stellt die Vorlage aufgrund mangelnder Fragen zur Abstimmung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Herr Kreisrat Raimon Ahrens wird zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Umwelt- und Verkehrsausschusses als Nachfolger von Herrn Kreisrat Albrecht Ulrich gewählt.

Auszüge:

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

## § 2

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts: Handlungsfelder für eine zukunftsfähige und nachhaltige Kreislaufwirtschaft im Rems-Murr-Kreis  
Drucksache 2021/036

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Dr. Bühle und Herr Siegel, Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR, erläutern die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den Vortrag. Er weist auf die fünf übergeordneten Handlungsfelder des Abfallwirtschaftskonzepts (AWIKO) hin, welche zur Diskussion stehen. Wenn diese definiert seien, werde der endgültige Beschluss in den Gremien Ende 2021 gefasst.

Kreisrat Riedel bedankt sich für die Aufbereitung des Themas und merkt die Notwendigkeit für kurzfristige Aktionen an, die vor Verabschiedung des AWIKOs angegriffen werden müssten. Dazu gehören sowohl die Anpassung als auch Verlängerung der Öffnungszeiten sowie eine Ausweitung von solarer Energieerzeugung. Er merkt an, dass Flächen für solare Energieerzeugung in alle Himmelsrichtungen ausgerichtet sein könnten. In Hinblick auf Sperrmüll erwidert er, dass ein bewährtes System nicht geändert werden müsse. Im Zuge der Neukonzeption dürfe die Gebührenstabilität nicht gefährdet werden. Darüber hinaus bittet er, Standorte für Unterflurcontainer auf bestehenden oder öffentlichen Flächen in Erwägung zu ziehen. Kreisrat Riedel spricht sich für die Eröffnung eines Gebrauchtgüterhauses in Kooperation mit bestehenden Trägern sowie für kurzfristige Lösungsansätze in der Weiternutzung von nutzbaren Gegenständen auf der Deponie aus.

Landrat Dr. Sigel betont, dass die einzelnen Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden sollen, in einem ersten Schritt jedoch die Handlungsfelder finalisiert werden müssten. In der Entwicklung des AWIKOs sollen die Gremien gut und übergreifend eingebunden werden.

Kreisrätin Dr. Fleischer betont, dass bei Diskussionen zur Haushalts- oder Eigentümerveranlagung

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

auch die möglichen Konflikte in dem Verhältnis zwischen Mieter und Eigentümer mitbedacht werden müssten. Sie weist darauf hin, dass noch eine Vielzahl von Ideen und Diskussionen nötig seien und hebt insbesondere bestehende Warentauschtage, Gebrauchtwarenhäuser oder Unverpackt-Läden hervor. Kreisrätin Dr. Fleischer gibt zu bedenken, dass ein Landkreis geringe Möglichkeiten habe, Müll zu reduzieren, wenn deutschlandweit eine große Menge an Verpackungsmüll entsteht. Eine richtige Sortierung des Abfalls sei wichtig, jedoch müsse der Einwohnerschaft aufgezeigt werden, dass diese Trennung Sinn hat und zielführend sei. Sie bitte auch zu beachten, beim Thema Mehrweg-Windeln die gesamte CO2-Bilanz im Blick zu halten.

Kreisrätin Wörner ergänzt das Sammeln von Grüngut. Sie schlägt neben den bestehenden Abgabestellen die Aufstellung von Containern oder ausgewiesenen Flächen für die Grüngutentsorgung in den kreisangehörigen Gemeinden vor.

Kreisrat Jäger begrüße die grundsätzliche Richtung der vorgelegten Handlungsfelder. Er freue sich insbesondere über das Online-Angebot beim Gebührenmarkenverkauf. Er wünsche sich, dass zu einem frühen Zeitpunkt die Themen Gebrauchtwarenhaus, Erreichbarkeit der Entsorgungseinrichtungen, Unterstützung von Existenzgründung bei Second-Hand-Ware einbezogen und benannt werden. Zur Umsetzung der Themen könnte auch auf Partner aus der freien Wirtschaft zurückgegriffen werden.

Kreisrätin Wilhelm betont, dass die Schwerpunktthemen richtig gewählt seien. Ein Problem sehe sie bei den vollen Papiercontainern und wildem Müll.

Kreisrat Ahrens lobt die Wahl der Schwerpunktthemen. Wilder Müll solle zukünftig durch die Vereinfachung der korrekten Müllentsorgung verringert werden. Dazu gehören Anfahrtswege, Öffnungszeiten oder Grüngutentsorgung. Dazu könnten ggfs. Öffnungszeiten oder Standorte zeitweise ausgeweitet werden.

Kreisrat Ulrich lobt die Anregung, ein Gebrauchtwarenhaus zu implementieren. Er weist auf eine mögliche Kooperation mit einem bestehenden Angebot in Weinstadt hin.

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel betont, dass es um die Handlungsfelder gehe. Darüber hinaus gebe es viele Möglichkeiten die Grüngutverwertung auszugestalten. Wildem Müll werde ordnungsrechtlich, soweit umsetzbar, nachgegangen.

Herr Dr. Bühle erläutert, dass in den kommenden Schritten zu jedem Handlungsfeld Maßnahmenvorschläge unterbreitet werden. Dazu werde es eine weitere Klausurtagung im Verwaltungsrat der AWRM geben. Die Hinweise der Mitglieder werden bei diesen Maßnahmenvorschlägen berücksichtigt.

Herr Siegel, Vorstand AWRM, ergänzt, dass an der Gebührenkalkulation grundsätzlich nur kleinere Änderungen vorgenommen werden sollen. Die Einführung eines Behälteridentifikationssystems würde in erster Linie der Transparenz und Verbesserung im Service- und Reklamationsmanagement dienen. In Hinblick auf die Papierentsorgung erklärt er, dass sich das Papiermüllaufkommen im Januar jedes Jahr deutlich erhöhe. Papiercontainer seien ursprünglich nur für Druckerzeugnisse und nicht für Kartonagen vorgesehen. Deshalb komme es hierbei immer wieder zu Überfüllung, da die Depotcontainer nicht hierfür ausgelegt seien. Aktuell werde hier über eine Bündelsammlung in den Monaten Dezember bis Februar oder die Aufstellung von zusätzlichen Containern nachgedacht.

Kreisrat Gruber bedankt sich für den Hinweis auf bestehende Gebrauchtwarenhäuser und bittet, diese in die Konzeption einzubeziehen. Darüber hinaus merkt er an, dass bislang das Mitnehmen von auf der Deponie entsorgten Gegenständen nicht erlaubt sei, beispielsweise eines Fahrrads. Er bittet hierfür eine kurzfristige Lösung in Rücksprache mit den Mitarbeitenden auf den Deponien in Form eines gesonderten Containers als Zulieferer für Warenhäuser oder für die direkte Mitnahme zu finden.

Kreisrat Theile erklärt, dass auch die Papiercontainer in Fellbach nach kürzester Zeit durch Papier und weitere Gegenstände überfüllt seien. Zu überlegen sei, ob die Abholtermine auf zweimal jede Woche erhöht werden sollten.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass der Leitgedanke auf dem richtigen Weg sei. Er verweist auf

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

die Besichtigung der Annahmestellen während der Klausurtagung in Leipheim am 24. und 25. September 2020. Durch die Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern und über die Abfall-App werde man darauf aufmerksam, wo es Entsorgungsprobleme, zum Beispiel bei den Papiercontainern, gibt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt den vom Verwaltungsrat der AWRM erarbeiteten Schwerpunktthemen im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts zu und beauftragt die AWRM diese weiter auszuarbeiten.

Auszüge:

1 AWRM

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

### § 3

Zukunftspakt Mobilität Region Stuttgart

Drucksache 2021/030

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass es zunächst um eine grundsätzliche Stellungnahme geht. Das Umwelt- und Verkehrsministerium hatte diesen Zukunftspakt angestoßen und hier verschiedene Themen erarbeitet. Er merkt weiter an, dass der Kreis schon an vielen Themen dran ist. Er möchte sich gegenüber dem Land mit dem Mandat der Kreisräte positiv äußern, mit der Voraussetzung, dass die Zuständigkeiten eingehalten werden und die Finanzierung steht.

Kreisrat Dannenmann merkt an, dass alle Themen wichtig sind, zweifelt aber an der Zuständigkeit des Verkehrsministeriums und bittet darum den Beschlussvorschlag in „die Themen des Zukunftspaktes Mobilität Region Stuttgart werden grundsätzlich begrüßt“ zu ändern.

Kreisrätin Wilhelm weist darauf hin, dass der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub e.V.) in mehreren Gruppen vertreten war, der Landesfahrgastbeirat oder die VVS dagegen nicht und bittet diese in Zukunft miteinzubeziehen.

Kreisrat Jäger begrüßt ebenfalls die Themen des Zukunftspakts, möchte diesen aber nicht per sé zustimmen, da es für ihn den Eindruck erweckt, dass die fehlende Legitimation im Nachhinein eingeholt werden soll. Er bittet ebenfalls darum, die Beschlussvorlage so zu formulieren, dass nicht dem Gesamtpakt zugestimmt wird.

Kreisrätin Schmidt begrüßt, dass Mobilität nicht mehr eindimensional betrachtet wird, bemängelt aber die fehlende Einbeziehung der Nutzer, beispielsweise den ÖPNV. Ebenso fehlt ihr der Einbezug der Landkreise, da für die der Schwerpunkt auf Stuttgart gelegt wird. Sie sieht eine Optimierung der Lieferverkehre, da es eine Entlastung für die Bürger und die Verkehrswege bedeuten würde. Zudem fehlt es ihr an konkreten Maßnahmen, die auf einen absehbaren Zeitraum durchgeführt werden und bittet darum eine n Zeitplan zu entwerfen.



Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

Kreisrat Riedel bewertet das Papier als gutes Gesamtkonzept, bemängelt aber den fehlenden Hinweis auf die Zuständigkeiten. Er weist auf die Klausurtagung Mobilität hin, die auf Grund Corona im Moment nicht stattfinden kann, um bei dieser Tagung Maßnahmen für den Kreis festzulegen.

Kreisrat Haußmann verweist auf die Wichtigkeit des Themas Mobilität in der Zukunft und möchte ebenfalls die Zuständigkeiten geklärt sehen. Er empfiehlt die anderen Landkreise (Heilbronn/Neckarsulm und Rheinneckar) zu Rate zu ziehen.

Der Landrat bedankt sich für die Wortmeldungen und stellt den abgeänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Themen des Zukunftspakts Mobilität Region Stuttgart werden grundsätzlich begrüßt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Stellungnahme gegenüber dem Verkehrsministerium ausdrücklich auf die Einhaltung der Zuständigkeiten der jeweiligen Gremien und der Verkehrsleitplanung hinzuweisen.

Auszüge:

Amt für ÖPNV

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

#### § 4

##### Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten Drucksache 2021/035

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass die letzte Änderung im Jahre 2014 stattgefunden hat und dass jetzt ein guter Zeitpunkt ist, um die Satzung erneut zu ändern, da dadurch viel Geld in den ÖPNV fließt und die Schüler die Gruppe sind, die den ÖPNV am längsten nutzt.

Herr Rauffmann erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Dr. Sigel weist darauf hin, dass dieses Paket eine Entlastung der Eltern darstellt und verweist auf die Tischvorlage in TOP 4.1.

Kreisrat Riedel begrüßt die Entlastung der Familien und bemängelt, dass es keinen einheitlichen Tarif für Schülerinnen und Schüler mit Netzwirkung gibt. Er appelliert auf ein einheitliches Tarifsystem. Er merkt zudem an, dass diese Zuschüsse über die Kreisumlage finanziert werden, die daher nicht für den Kreis verwendet wird, sondern für die Menschen, die in diesem leben.

Kreisrätin Schmidt freut sich über die erhebliche geplante Erleichterung. Unklarheit herrscht bei ihr über die Sondertickets, die angeboten werden und über die genaue Bepreisung der einzelnen Schülertickets. Sie bittet um mehr Engagement für diese Klientel und empfiehlt sich an Stuttgart zu orientieren, die einen Sonderweg gehen.

Kreisrat Gruber äußert sich zum positiv gesinnten Umfeld im Ausschuss. Er fragt außerdem nach dem Anteil der Kosten, die das Land trägt und welcher auf den Kreis fällt. Er spricht sich für das Ziel ein netzweites Schüler-/Studenten-/Auszubildenden Ticket einzuführen aus.

Kreisrat Barthold betont seinen täglichen Umgang mit dem School-Abo und begrüßt eine Vereinfachung des Systems. Zudem hofft er auf eine Einführung des 365-Euro-Tickets.

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

Der Landrat bedankt sich für die Wortmeldungen und verweist auf die Fragestellung der Mehrkosten trotz Zuschussprogramm des Bundes. Zudem merkt er an, dass man bei dieser Zielgruppe am allerbesten eine Bewusstseinsänderung herbeiführen kann. Er erklärt, dass das Landratsamt für seine Auszubildenden ein kostenloses Ticket anbietet. Nachfolgend spricht er die Diskussionen mit den Familien an, die die Möglichkeit im ganzen Netz zu fahren nicht nutzen wollen, weshalb im Rems-Murr-Kreis eine Sonderregelung ausgehandelt wurde. Mit dem Hinweis auf die vielen verschiedenen Facetten der Schülerbeförderung und der Frage nach der Kostendeckung gibt er das Wort an Herrn Rauffmann zurück.

Herr Rauffmann erklärt, dass die Zuweisung vom Land im letzten Jahr 6,15 Millionen Euro betrug. Die Kostendeckung wird nachgereicht.

Landrat Herr Dr. Sigel erklärt, dass die Änderung der Satzung zusätzlich im Kreistag beschlossen werden muss.

Kreisrätin Schmidt stellt noch die Frage, ob die Förderung nur für die Schüler gilt, die die 6 km Grenze überschreiten.

Herr Rauffmann beantwortet die Frage insofern, dass die Schüler die Förderung erhalten, die eine Fahrtstrecke zu einem anderen Ort haben.

Kreisrat Gruber möchte sich vergewissern, dass in die Verhandlungen mit den anderen Verbundlandkreisen die Auszubildenden und Studenten miteinbezogen werden.

Der Landrat meint, dass bei der Zielgruppe der Schüler und Auszubildenden gut investiertes Geld ist, dass aber am Ende des Tages an die Finanzierbarkeit des Projektes gedacht werden muss. Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich mit 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag,

1. die „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten im Rems-Murr-Kreis vom 14. Juli 2003 in der Fassung vom 16. Dezember 2013“ (Anlage 1) zu beschließen.
2. die Verwaltung zu beauftragen, die erforderlichen Finanzierungs- und Abrechnungsverträge mit der Stadt Stuttgart, den Verbundlandkreisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Göppingen sowie der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS) abzuschließen.

Auszüge:

Amt für ÖPNV

Amt für Schulen, Bildung und Kultur

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

## § 5

### Verlängerung des Einsatzes von Verstärkerbussen im Schülerverkehr

#### Drucksache 2021/029

Kreisrat Dannenmann ist befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Landrat Dr. Sigel erwähnt die Kostendeckungszusagen vom Land bis zu den Osterferien, eventuell sogar bis zu den Pfingst- oder den Sommerferien.

Kreisrat Haußmann fragt, ob sich die unterschiedlichen Startzeiten des Unterrichts sich mit dem Busverkehr arrangieren lässt.

Herr Rauffmann erklärt die Diskrepanz zwischen der Hauptverkehrszeit und dem Unterrichtsbeginn zur ersten Stunde, da alle Busse schon im Einsatz sind. Hier können keine weiteren Verstärkerbusse eingesetzt werden. In Waiblingen verteilen sich die Schüler auf mehrere Busse, da die Taktung sehr hoch ist, im ländlichen Raum versucht man zusätzliche Busse einzusetzen. Zudem haben die Schulen teilweise Konzepte geliefert, den Unterrichtsbeginn zu staffeln.

Der Landrat ergänzt, dass aus diesen Gründen im erweiterten Corona-Krisenstab das Schulamt beteiligt ist. Das Landratsamt versucht partnerschaftlich die Probleme zu lösen. Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Inanspruchnahme des COVID-19-Landesförderprogramms „Verstärkerfahrten im Schülerverkehr“ sowie der Mitfinanzierung der nicht durch das Landesförderprogramm gedeckten Kosten durch den Rems-Murr-Kreis für zeitlich begrenzte Verstärkerfahrten für den Zeitraum nach den Oster- und bis zu den Pfingstferien 2021 (12. April – 21. Mai 2021) zu.

2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Inanspruchnahme des COVID-19-Landesförderprogramms „Verstärkerfahrten im Schülerverkehr“ sowie der Mitfinanzierung der nicht durch das Landesförderprogramm gedeckten Kosten durch den Rems-Murr-Kreis für zeitlich begrenzte Verstärkerfahrten für den Fall einer Verlängerung des Landesförderprogramms über die Pfingstferien 2021 hinaus bis zu den Sommerferien 2021 (7. Juni – 28. Juli 2021) zu.

3. Für den Fall, dass das Landesförderprogramm nicht über die Pfingstferien 2021 hinaus verlängert wird und es aufgrund der Corona-Pandemielage verkehrlich sinnvoll erscheint, ermächtigt der Umwelt- und Verkehrsausschuss Herrn Landrat Dr. Sigel, für den Zeitraum zwischen den Pfingst- und den Sommerferien 2021 Verstärkerfahrten zu denselben Konditionen wie denjenigen des Landesförderprogramms in seiner aktuellsten Fassung zu beauftragen.

Auszüge:

Amt für ÖPNV

Amt für Schulen, Bildung und Kultur

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

## § 6

### Sachstandsbericht Radwegenetz

#### Drucksache 2021/037

Frau Fischer erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Eusebi bewertet positiv, dass das Radnetz vollständig qualitativ bewertet ist, wo durch man den Handlungsbedarf erkennen kann. Sie fragt nach dem Einbezug der Kommunen.

Kreisrat Ahrens erkundigt sich nach der Vorgehensweise der Projekte bei Radwegen entlang der Landesstraßen. Er bittet zudem um pragmatische Lösungen bei der Verbesserung der bestehenden Radwege, wenn die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten werden können, da beispielsweise der Platz für eine Verbreiterung fehlt.

Kreisrätin Wörner lobt den Schritt in die richtige Richtung. Sie bemängelt dennoch die fehlende Pflege beziehungsweise Räumung im Herbst und im Winter. Sie bittet darum, sich mit den Kommunen darüber abzustimmen.

Kreisrat Gruber zeigt sich vor allem über die kleinen Maßnahmen erfreut, wie beispielweise die Ebnung der Auffahrten. Er erkundigt sich nach dem konkreten Stand des Radweges von Welzheim nach Haubersbronn-Schorndorf.

Landrat Dr. Sigel stellt die Aufteilung zwischen Kreis, Kommune und Land dar, die mit viel Abstimmungsarbeit verbunden ist. Er lobt das Engagement der Stabsstelle Radwege und weist darauf hin, dass deren Arbeit von viel Serviceleistung geprägt ist. Er betont die Notwendigkeit der vorgegebenen Qualität, da der Radverkehr an manchen Stellen enorm zugenommen hat.

Frau Fischer erklärt, dass die Konzepte der Kommunen übernommen und teilweise ergänzt wurden. Sie erläutert, dass manchen Maßnahmen in der Obhut der Kommunen liegen und diese der Kreis

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

auch nicht umsetzen kann. Ebenso liegen Radwege in der Baulast des Landes, bei denen das Land tätig werden muss. Allerdings wurde hier der Bedarf des Kreises miteinbezogen. Sie weist darauf hin, dass das Land als oberste Priorität das Radnetz Baden-Württemberg hat und sich dadurch manche Maßnahmen verzögern könnten. Die konkrete Frage nach dem Radweg Welzheim nach Haubersbronn-Schorndorf klärt sie im Nachgang und informiert das Gremium darüber.

Kreisrat Barthold erkundigt sich, ob man in den Maßnahmenplan Einblick nehmen kann.

Kreisrat Beutel interessiert sich für die Förderquoten vom Land und die eventuelle Umpriorisierung der Maßnahmen.

Kreisrätin Wilhelm bemerkt, dass der Radverkehr im Kreis stetig zunimmt. Und erkundigt sich, nach den Ergebnissen der Radzählstellen und wann der nächste Sachstandsbericht geplant ist.

Kreisrat Häfele lobt die Arbeit des Kreises für den Radverkehr, wünscht sich aber in Zukunft noch mehr Engagement.

Der Landrat bedankt sich für das Lob und merkt an, dass die Transparenz hier wie in allen Themen sehr wichtig ist.

Frau Fischer betont die sehr guten Förderbedingungen des Landes und des Bundes, die bis zu einer Quote von neunzig Prozent bestehen. Sie weist darauf hin, dass alle Fördermaßnahmen genutzt werden und es keine Priorisierung auf Grund dieser geben muss, da alle Maßnahmen in den Genuss der Förderung kommen. Sie erläutert, dass die Zählstellen sich momentan in Ausschreibung befinden. Sie erklärt, dass die Zählstellen pro Stunde auswerten können, wie viel Radfahrer unterwegs sind und wird diese Aufstellung voraussichtlich im Sommer dem Gremium vorstellen. Sie merkt weiter an, dass die über tausend Katasterblätter derzeit zusammengestellt und geordnet werden und können danach zur Verfügung gestellt werden.



Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

Der Landrat erwähnt noch die Homepage des Rems-Murr-Kreises, die für das Radwegenetz erstellt wurde und lobt die Beteiligung der Bürger bei dieser. Er bedankt sich nochmals bei dem Team rund um Frau Fischer und dem Gremium für die Unterstützung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Stabsstelle Radwege zum aktuellen Sachstand des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

Stabsstelle Radwege

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

## § 7

Sachstandsbericht Radschnellweg RS 5 Schorndorf – Fellbach

Drucksache 2021/054

Frau Fischer erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel betont die Fülle und die Komplexität des Themas und verweist auf den Fortschritt der Planungen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Stabsstelle Radwege zum aktuellen Planungsstand des Radschnellweges RS 5 von Schorndorf nach Fellbach zur Kenntnis.

Auszüge:

Stabsstelle Radwege

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

## § 8

Bericht zu aktuellen Themen des Straßenbaus

Drucksache 2021/078

Herr Hein erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen des Straßenbaus im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

Straßenbauamt

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

## § 9

Weiterführung Hagelabwehr Region Stuttgart im Projektzeitraum 2022-2026

Drucksache 2021/040

Herr Holzwarth erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel betont die branchenübergreifende Sinnhaftigkeit des Themas und plädiert für die Investition, obwohl es sich um eine typische Freiwilligenleistung des Landkreises handelt.

Kreisrat Hundt unterstützt die Aussage des Landrates fragt nach dem Stand der Entscheidung eines weiteren Flugzeuges zur Hagelabwehr anzuschaffen.

Herr Holzwarth erläutert, dass dies mit einem enormen finanziellen Aufwand verbunden wäre und daher nicht in die weiteren Überlegungen einbezogen würde.

Kreisrat Hundt erwidert, dass die vorhandenen Flugzeuge mit der hervorragenden Wetterdatenübermittlung schon sehr gute Arbeit leisten und große Erfolge erzielen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Fortführung der Hagelabwehr im Rems-Murr-Kreis mit zwei Flugzeugen im Projektzeitraum 2022 – 2026 zu und empfiehlt dem Kreistag hierfür einen jährlichen Zuschuss von bis zu 50.000 Euro in den Haushalt einzustellen.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Fortführung der wissenschaftlichen Begleituntersuchung und der meteorologischen Betreuung nach 2021 zu.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Trägerschaft der Hagelabwehr fortzuführen, das Verhandlungsverfahren durchzuführen sowie die Verträge mit den beauftragten Unternehmen abzuschließen, soweit die Finanzierung für den beauftragten Zeitraum von 5 Jahren gesichert ist.

Auszüge:

Amt für Umweltschutz

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

## § 10

Bildung von Haushaltsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2020

Drucksache 2021/007

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache und bietet Zeit für Rückfragen an.

Kreisrätin Schmidt fragt nach dem Konzept, dass hinter der Position Werbemaßnahmen ÖPNV steht.

Herr Dr. Zaar erläutert, dass die Maßnahmen primär aus der Werbung auf den Freizeitbussen bestehen.

Der Landrat erklärt weiter, dass nicht alle Projekte im Jahr 2020 durchgeführt werden konnten und die Gelder deswegen ins neue Jahr übertragen werden sollen. Er stellt den Beschlussvorschlag zu Abstimmung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

**Beschlussvorschlag:**

Der Bildung der unter Abschnitt 2 genannten Haushaltsübertragungen wird zugestimmt.

Auszüge:

Amt für ÖPNV

Amt für Finanzen

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

## § 11

Beantwortung von Anträgen und Anfragen der Fraktionen und Gruppen

### § 11.1

Fortführung der Direktbuslinie 330 Kaisersbach-Althütte-Rudersberg-Berglen-Winnenden /  
Haushaltsantrag 1-28 der Freien Wähler-Fraktion  
Drucksache 2021/031

Kreisrat Dannenmann ist befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Herr Dr. Zaar erläutert die Attraktivität der Linie 330, die als erste Tagentiallinie ins Leben gerufen wurde. Der VVS unterstützt dies, indem er die Linie in den Nahverkehrsplan aufnehmen wird. Er weist darauf hin, dass die Evaluierung, die nach zwei Jahren geplant war auf Grund der Pandemie nicht stattfinden konnte und stellt zur Debatte, dass die Finanzierung über den 13.06.2021 hinaus fortgeführt wird.

Kreisrat Ahrens bestätigt die Attraktivität der Linie, vor allem auch als Querverbindung zwischen den Kommunen und spricht sich für die Fortsetzung der Finanzierung aus.

Kreisrätin Schmidt erkundigt sich nach der Linienführung, speziell nach der zweiten Haltstelle in Berglen und fordert mehr Synergieeffekte dieser Linie zur S-Bahn in Winnenden.

Herr Dr. Zaar verweist auf die Gespräche, die mit den Kommunen geführt werden, um Optimierungen zu erreichen.

Der Landrat stellt mit abschließenden Worten die Vorlage zur Beschlussfassung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

Verwaltung:

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Fortführung der Direktbuslinie 330 ab dem 14. Juni 2021 sowie der Beteiligung des Landkreises mit 50 % an den ungedeckten Kosten zu.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt die Landkreisverwaltung, das Fahrplan-konzept zusammen mit dem VVS und in Abstimmung mit den anliegenden Kommunen weiter-zuentwickeln.

**§ 11.2**

Kurzbericht Forstreform / Haushaltsantrag 3-02 der Gruppe Wilhelm/Klinghoffer

Drucksache 2021/041

Herr Holzwarth erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel betont die Wichtigkeit des Themas, da der Wald nach wie vor von Trockenheit betroffen ist und die Förster dadurch ein enormes Arbeitspensum haben. Zudem erläutert er die intensiven Beratungen der Waldbesitzenden, die zumeist kleine Waldgrundstücke bewirtschaften. Er erwähnt die Gespräche mit dem Land über die Forstreform und deren negativen finanziellen Auswirkungen, die gegebenenfalls auf den Kreis zukommen. Ebenso weist er auf die Aktionen hin, die beispielsweise für Kinder in Form von Erlebniswegen vorgenommen wurden, um der Jugend das Bewusstsein des Waldes von Anfang an zu fördern.

Kreisrätin Wilhelm fragt nach der Machbarkeit, die Reviere mit einer kleineren Mannschaft zu bewirtschaften. Sie betont die Auswirkungen des Klimawandels und bedankt sich für die gute Arbeit des Landratsamtes.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis:



Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

**Beschlussvorschlag:**

Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen

Auszüge:

Amt für Umweltschutz

Amt für ÖPNV

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

## § 12

Gründung der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch-Fränkischer Wald / Ostalb e.G. (HVG)  
Beitritt des Landkreises als Gründungsmitglied  
Drucksache 2021/053

Herr Holzwarth erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Wilhelm fragt nach dem Anteil der Mitgliedschaft der anderen Landkreise.

Herr Holzwarth erläutert, dass jeder Landkreis einen Mitgliedsanteil hat. Und erklärt weiter, dass man je tausend Hektar Wald einen Geschäftsanteil zeichnen kann. Die kleineren Waldbesitzer sind über die Fortbetriebsgemeinschaft vertreten.

Der Landrat verweist auf die ausgeglichene Struktur, um eine Dominanz zu vermeiden und merkt an, dass der gute Verkauf des Holzes im Vordergrund steht, auch wenn dies oft nur eine Deckung des Unkostenbeitrages für die Waldbesitzer bedeutet.

Kreisrat Gruber erkundigt sich nach dem Arbeitsverhältnis und der Anzahl der Mitarbeiter.

Herr Holzwarth erläutert, dass es sich um die Holzverkäufer der Landkreise handelt, die über Personalleihe an die Holzvermarktungsgesellschaft abgegeben werden.

Der Landrat stellt klar, dass der Landkreis die Mitarbeiter auf Grund ihrer Erfahrung behalten möchte und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

**Beschlussvorschlag:**

1. Der UVA stimmt der Gründung der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch-Fränkischer Wald/ Ostalb e.G. (HVG) zu. Die Aufgaben der kommunalen Holzverkaufsstelle (HVS) des Landkreises werden in die HVG überführt, das Personal der HVS wird gegen Kostenersatz der HVG gestellt.
2. Der Rems-Murr-Kreis tritt der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch-Fränkischer Wald/ Ostalb e.G. (HVG) mit einem Genossenschaftsanteil von 1.500 Euro bei. Landrat Dr. Richard Sigel bzw. eine von ihm beauftragte Person wird ermächtigt, in der Gründungsversammlung dem Gründungsbeschluss zuzustimmen.

Auszüge:

Amt für Umweltschutz

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

### § 13

#### Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel verabschiedet Frau Geprägs. Frau Geprägs wird sich intern verändern und ins Sozialdezernat wechseln.

Herr Dr. Sigel begrüßt Frau Wilbs, die in Zukunft die Aufgaben von Frau Geprägs übernehmen wird. Er bedankt sich bei Frau Geprägs und wünscht Frau Wilbs alles Gute.

Niederschrift **Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

gez.

Dr. Richard Sigel

Die Schriftführerinnen:

gez.

Maiju Wilhelm, Kreistagsgeschäftsstelle

gez.

Barbara Wilbs, Kreistagsgeschäftsstelle